

GEW-Checkliste zur Landtagswahl

Parteien antworten auf drängende Fragen

Die GEW Niedersachsen hatte im Vorfeld der Landtagswahl diejenigen politischen Parteien um Auskunft zu wichtigen bildungspolitischen Fragen gebeten, die bisher im Landtag vertreten waren oder Chancen haben, in diesen gewählt zu werden. Durch den vorgezogenen Wahltermin und den daraus resultierenden Zeitdruck musste sich die GEW auf eine überschaubare Zahl von Fragen beschränken. Diese sollten mit Ja oder Nein beantwortet werden – nicht alle Parteien haben sich jedoch daran gehalten, wie hier zu sehen ist. Die rechtspopulistische AfD wurde nicht befragt, allerdings gibt es auf den Folgeseiten eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer Bildungsprogrammatis.

Foto: Adobe Stock © dzakymurad

Bildung allgemein (frühkindliche Bildung, KITA und Hort, Schule, Hochschule, Weiterbildung)

1. Bildungsausgaben erhöhen

Werden Sie die Etatsätze im Landeshaushalt für alle Bildungsbereiche erhöhen, damit diese den wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden können – und zwar unabhängig vom Auf und Ab der Konjunktur?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Ein modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem ist der Schlüssel für eine dauerhaft positive wirtschaftliche Entwicklung in Niedersachsen. Die CDU geht auch in den kommenden Jahren von steigenden Bildungsausgaben in Niedersachsen aus. Zukunftsinvestitionen gerade in die Bildung müssen trotz notwendiger Haushaltsdisziplin und der ab 2020 greifenden sogenannten Schuldenbremse weiter möglich bleiben.

2. Gebührenfreiheit

Werden Sie die Gebührenfreiheit in allen Bildungsbereichen einführen und den Trägern der Bildungsangebote die erforderlichen Kompensationszahlungen leisten?

LINKE **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA** Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an. Die Gebührenfreiheit darf jedoch nicht zu Lasten der Qualität erfolgen.

FDP **NEIN**

SPD **JA**

CDU Die CDU wird zum Kindergartenjahr 2018/19 die Elterngebührenfreiheit für die Kindergärten einführen. Das Land wird den Kommunen die zusätzlichen Kosten erstatten, die durch die wegfallenden Beiträge entstehen. Wir werden die Studienbedingungen verbessern und schließen die Wiedereinführung von Studienbeiträgen gleichzeitig kategorisch aus.

Schulpolitik

1. Arbeitszeit der Lehrkräfte

Erkennen Sie die Göttinger Arbeitszeit- und Belastungsstudie als eine wesentliche wissenschaftliche Grundlage zur Beurteilung der Arbeitszeit der Lehrkräfte an, die den Vorgaben des OVG Lüneburg entspricht?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Die CDU wird in Abstimmung mit Bildungsverbänden und Gewerkschaften eine unabhängige Erhebung der Lehrerarbeitszeit auf den Weg bringen, die Klarheit über die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unserer Lehrkräfte gibt. Die Ergebnisse bereits vorhandener Studien wie die Göttinger Arbeitszeit- und Belastungsstudie sollen dabei eine Grundlage bilden und berücksichtigt werden.

Werden Sie die Empfehlungen der „Arbeitszeitkommission“ akzeptieren und diese in einer neuen Arbeitszeitverordnung Schulen umsetzen, die zum 01.08.2018 in Kraft tritt und stufenweise eingeführt wird?

LINKE **JA**

FDP **NEIN**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA** Wir streben eine spürbare Entlastung der Lehrkräfte an und werden uns dafür einsetzen, die Empfehlungen der „Arbeitszeitkommission“ so weit und so schnell wie möglich umzusetzen.

SPD **JA**

CDU Die Zwischenergebnisse der „Arbeitszeitkommission“ werden wir ebenfalls auswerten.

2. A 13Z / 13 für alle

Werden Sie die Lehrkräfte aller Schulformen, die zum 01.08.2018 eingestellt werden, wie Gymnasiallehrkräfte bezahlen und in der kommenden Legislaturperiode alle Lehrkräfte in diese Besoldung überführen?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA** Wir wollen die Bezahlung der Grund- und Hauptschullehrer*innen schrittweise an die der Lehrkräfte an anderen Schulformen anpassen.

SPD Wir werden schrittweise die Bezahlung von Grundschullehrkräften auf A 13 anheben.

CDU Die CDU hat Verständnis für den Wunsch der GEW nach einer Mindestbesoldung nach A 13. Allerdings sehen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht die Möglichkeit, diesem Wunsch zu entsprechen. Wir sichern zu, dass wir alle Schritte, die das Besoldungs- und Tarifgefüge betreffen, mit den Interessenvertretern der verbeamteten und tarifbeschäftigten Lehrkräfte erörtern werden. Allerdings sind wir überzeugt, dass die Leitungsverantwortung in Grundschulen besser besoldet werden muss. So werden wir dafür sorgen, dass Grundschulleitungen generell mindestens nach A 13 besoldet werden, in Schulverbänden sogar nach A 14. Zusätzlich wird die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung von Schulleiterinnen und Schulleitern an Grundschulen auf maximal 15 Stunden begrenzt. Für die Übernahme der Leitungsfunktion an einzügigen Grundschulen im ländlichen Raum sowie innerstädtische Brennpunktschulen planen wir zudem eine monatliche Zulage in Höhe von 250 Euro in den ersten fünf Jahren.

3. Unterrichtsversorgung

Werden Sie die Anzahl der Lehrkräfte erhöhen, damit über die Abdeckung der Studentafel hinaus die Personalversorgung für die pädagogischen Aufgaben Ganztags, Inklusion und Sprachförderung verbessert wird und damit die Schulen über die Erhöhung der Poolstunden mehr Handlungsfreiheit (Krankheitsreserve von 5 %) erhalten?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA** Dies ist wünschenswert und auch unser angestrebtes Ziel. In einem ersten Schritt wird es aber darauf ankommen, eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100 % zu erreichen.

CDU Unser Ziel ist, die Unterrichtsversorgung wieder auf deutlich über 100 % zu erhöhen. Grundlage ist hierfür zunächst eine konsequente Einstellungspolitik. Darüber hinaus benötigen wir aber ein gesamtes Maßnahmenpaket zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Die CDU will Lehrkräfte bei Verwaltungstätigkeiten entlasten, Schulen mit zusätzlichen Sozialarbeitern und pädagogischem Personal ausstatten und den Pflichtunterricht stärker in den Mittelpunkt rücken. Um eine hinreichende Reserve für Krankheiten und Fortbildungen zu sichern, werden wir die Unterrichtsversorgung wieder auf deutlich über 100 % erhöhen. Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung lehnen wir ab.

4. Ganztags

Werden Sie die Personalausstattung (Zusatzbedarf) für den Ganztags nach dem geltenden Ganztagsbeschluss auf 100 % anheben?

LINKE **JA**

FDP **NEIN**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA** Wir wollen die Personalausstattung auf 100 % anheben, aber vorher muss die Anhebung der Unterrichtsversorgung auf mindestens 100 % gelingen.

CDU Die CDU will allen Schülerinnen und Schülern bis 2022 ein verlässliches Ganztagsangebot zur Verfügung stellen. Dabei sollen Lehrkräfte z.B. im Rahmen eines Hausaufgabenpools in den Nachmittagsunterricht eingebunden werden. Ganztagsschulen sollen außerschule Partner wie z.B. Musikschulen oder die ehrenamtliche Vereins- und Verbandsarbeit in ihre Arbeit einbeziehen. Eine generelle Ausweitung der Personalversorgung ist nicht geplant.

5. Inklusion

Werden Sie die personelle Ausstattung der inklusiven Schulen durch zusätzliche Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte für die Arbeit in multiprofessionellen Teams verbessern?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Die CDU bekennt sich zur Umsetzung der Inklusion an allen Schulen. Entscheidend ist für uns dabei das Wohl aller Kinder. Die inklusive Schule ist gesellschaftlich eine große Chance, für alle Beteiligten

aber auch herausfordernd. Ihre Rahmenbedingungen müssen daher so gestaltet sein, dass Inklusion gelingen kann. Dazu gehören ausreichend fortgebildete Lehrkräfte, genügend Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, kleine Lerngruppen sowie Differenzierungsräume.

Stimmen Sie der Aussage zu, dass ein Doppelsystem im Förderbereich Lernen die Personalausstattung für inklusive Schulen und Förderschulen verschlechtert?

LINKE **JA**

FDP **NEIN**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Das Doppelsystem aus inklusiver und Förderschule sichert aus Sicht der CDU die Wahlfreiheit der Eltern und nimmt vor allem das individuelle Kindeswohl in den Blick. Wir betrachten die vollständige Abschaffung der Förderschule Lernen als schweren Fehler, der daher umgehend korrigiert werden muss.

6. Sozialarbeit in der Schule

Werden Sie die im Jahr 2017 eingeführte Sozialarbeit in Schulen systematisch weiter aufbauen?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Wir werden ein Stufenprogramm mit jährlich 150 zusätzlichen Stellen zum Ausbau der schulischen Sozialarbeit an allen Schulformen schaffen, unabhängig davon, ob die Schulen Ganztagschulen sind oder nicht. Dafür wollen wir jeweils 8 Mio. Euro einsetzen.

7. Gesamtschulen und Schulentwicklungsplanung

Werden Sie die Freiheit der Schulträger erhalten, weiterführende Schulen nach ihrem Bedarf einzurichten und vorzuhalten und den im Schulgesetz festgelegten Status von Gesamtschulen als ersetzende Schulform beibehalten?

LINKE keine Antwort

FDP **NEIN**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Wir setzen auf die Vielfalt des Schulangebots und auf die Wahlfreiheit der Eltern. Sie wissen am besten, welcher Bildungsweg für ihr Kind wirklich geeignet ist. Die CDU lehnt neue Schulstrukturdebatten ab, da diese die Konzentration auf das Kernziel guter Bildung, den qualitativ hochwertigen Unterricht, behindert. Allerdings dürfen Veränderungen beim Schulangebot der verschiedenen Schulträger nicht dazu führen, dass Gymnasien in ihrem Bestand gefährdet werden.

Sind Sie bereit, ein neues Instrument der Schulentwicklungsplanung einzuführen, das es ermöglicht, die Qualität des regionalen Schulangebots zu verbessern und der Bevölkerungsentwicklung anzupassen?

LINKE	JA	
FDP	JA	
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	JA	Wir wollen die Schulträger dabei unterstützen, ein für die regionalen Bedingungen optimales Schulangebot zu schaffen.
SPD	JA	
CDU		Nach Auffassung der CDU ist es gut und richtig, dass die kommunalen Schulträger über das Schulangebot vor Ort entscheiden. An diesem Grundsatz wollen wir festhalten.

8. Lehrer*innenbildung

Werden Sie an den Universitäten Göttingen und Hannover das Studium für Grundschulen und für alle weiterführenden Schulen wieder einführen, um die Anzahl der Lehramtsstudierenden zu erhöhen?

LINKE	JA	
FDP	JA	
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	NEIN	Wir werden uns in Abstimmung zwischen Wissenschafts- und Kultusministerium dafür einsetzen, dass für ausreichend Lehramts-Studienplätze, auch im Grundschulbereich, gesorgt ist.
SPD		Wir werden den Bedarf an zusätzlichen Lehramtsstudienplätzen decken und dafür in einen Dialog mit den Hochschulen treten. An welchen Standorten diese zusätzlichen Studienplätze dann geschaffen werden, kann deshalb nicht im Vorhinein festgelegt werden, sondern ist Ergebnis dieses Dialoges.
CDU		Inwieweit die niedersächsischen Studienstandorte für die Lehrämter an allgemein- und berufsbildenden Schulen ausgebaut werden müssen und wenn ja, in welchem Umfang und wo, wird sich zeitnah nach der Landtagswahl zeigen. Entscheidend wird die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung sein. Perspektivisch müssen die Studienstandorte zukunftsfähig aufgestellt und darauf ausgelegt sein, notwendige Kapazitätsveränderungen bei den Lehramtsstudienplätzen zum Beispiel aufgrund veränderter Schülerzahlprognosen abzufedern. Im Bereich Sonderpädagogik ist aus Sicht der CDU eine weitere Ausweitung der Studienangebote bzw. -platzzahlen dringend geboten.

Werden Sie Maßnahmen ergreifen, um die Abbruchsquote im Lehramtsstudium deutlich zu senken, z.B. durch eine Verbesserung der Personalausstattung?

LINKE	JA	
FDP	JA	
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	JA	Wir haben in Regierungsbeteiligung Maßnahmen ergriffen, um Studienabbruch entgegenzuwirken. Diese wollen wir fortsetzen. Das wurde zuletzt in der Fortschreibung des Hochschulentwicklungsvertrages festgeschrieben, ebenso wie Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der Lehre.
SPD	JA	
CDU		Vor dem Hintergrund des Lehrermangels sind alle Maßnahmen sinnvoll, die die Abbruchquoten an den lehrerbildenden Hochschulen in Niedersachsen reduzieren.

Werden Sie den Quereinstieg durch das Angebot eines Nachstudiums in Pädagogik und gegebenenfalls in einem zweiten Fach systematisch qualitativ verbessern?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA** Wir wollen die Qualifizierungsangebote für Quereinsteiger*innen weiter verbessern. Es sollen möglichst flexible Lösungen für die Quereinsteiger*innen ein Pädagogikstudium nachzuholen angeboten werden. Diese Angebote sollen sich möglichst an den Bedürfnissen der Quereinsteiger*innen orientieren, es soll jedoch in keinem Fall die Qualität des Unterrichts leiden.

SPD **JA**

CDU Die CDU in Niedersachsen will das Anerkennungsverfahren für Quereinsteiger vereinfachen und beschleunigen. Dabei darf es keine Abstriche bei der notwendigen hohen Qualifikation geben, die wir von allen Lehrkräften an unseren Schulen einschließlich der Quereinsteiger erwarten. Die notwendige Nachqualifizierung für Quereinsteiger soll auch berufsbegleitend möglich sein.

Werden Sie ein Lehramt für alle weiterführenden Schulen (Sek I und Sek II) einführen und damit der Tatsache Rechnung tragen, dass das Lehramt für Haupt- und Realschulen von den Studierenden kaum noch akzeptiert wird und Gymnasiallehrkräfte in der Sekundarstufe I aller Schulformen eingesetzt werden?

LINKE **JA**

FDP **NEIN**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Die Einführung einer einheitlichen Lehrerausbildung wird der Vielfalt des niedersächsischen Bildungssystems nicht gerecht und wird daher von der CDU abgelehnt.

Hochschulen

1. Finanzierung

Werden Sie den Hochschulen weiterhin die Studienqualitätsmittel zuweisen und die Grundfinanzierung aus dem Landesetat erhöhen und verstetigen, damit die Abhängigkeit der Hochschulen von der Finanzierung aus Projektmitteln reduziert wird?

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA**

SPD **JA**

CDU Wir werden eine stabile Grundfinanzierung der Hochschulen gewährleisten und dabei die Entwicklung der Studierendenzahlen angemessen berücksichtigen. Wir halten daran fest, den Hochschu-

len mit langfristigen Zielvereinbarungen Planungssicherheit zu gewähren. Um den Universitäten langfristige Sicherheit zu geben, werden wir ein Universitätsentwicklungsprogramm auflegen, in dessen Mittelpunkt die Verstetigung von Stellen steht. Um Sanierung und Modernisierung voranzubringen, werden wir ein Hochschul-Investitionsprogramm „Hochschule 2030“ auf den Weg bringen und die Mittel für den Hochschulbau verdoppeln.

2. Fristverträge

*Werden Sie wirksame Vorgaben einführen, die den hohen Anteil von befristeten Arbeitsverträgen senken, um die Situation der Wissenschaftler*innen attraktiver zu gestalten?*

LINKE **JA**

FDP **JA**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA** Über die Novellierungen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes haben wir Befristungen Grenzen gesetzt. Diesen Weg wollen wir weiter verfolgen. Wir werden uns weiterhin über eine Bundesratsinitiative für eine erneute Reform des Wissenschaftszeitvertrages einsetzen.

SPD **JA**

CDU Wir werden mit den Universitäten den Ausbau von Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs vereinbaren. In diesem Zusammenhang werden wir uns auch für mehr unbefristete Stellen im akademischen Mittelbau einsetzen. Wir werden die Anschlussfinanzierung des Nachwuchspaktes sichern, schaffen dadurch mehr wissenschaftliche Karrierewege (Tenure-Track-Programm) und verbessern damit gleichzeitig die Betreuungsverhältnisse an den Hochschulen.

3. Hochschulsozialpakt

Werden Sie einen Hochschulsozialpakt in Angriff nehmen, mit dem die soziale Lage der Studierenden (Studierendenfinanzierung, Wohnraum, Mensen) verbessert wird?

LINKE **JA**

FDP **NEIN**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN** **JA** Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin für einen Hochschulsozialpakt und eine verbesserte Studierendenfinanzierung einsetzen. Gute Bildungschancen in allen Bereichen – von der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zu Angeboten für Erwachsene – dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder der Herkunft abhängen.

SPD **JA**

CDU Wir werden die Studienbedingungen verbessern und schließen die Wiedereinführung von Studienbeiträgen gleichzeitig kategorisch aus. Eine gute Betreuung garantiert ein gutes Studium. Deshalb ist die Betreuungsrelation der Schlüssel zum Studienerfolg. Wir werden die vom Bund dem Land zugewiesenen Bafög-Mittel den Hochschulen zuweisen, um die Betreuungsrelation zu verbessern. Zu den besonders erschwerenden Bedingungen eines Studiums zählen heute die Wohnungssuche und die Finanzierung der Miete. Die CDU wird die Schaffung von Wohnraum in den Hochschulstädten gezielt fördern und die Studentenwerke entsprechend unterstützen. Die CDU ist allerdings skeptisch, ob diese Maßnahmen im Rahmen eines formellen Hochschulsozialpaktes besser realisiert werden können.

Erwachsenenbildung

1. Volkshochschulen

Werden Sie rechtliche Vorgaben einführen, die den Entscheidungen der Arbeitsgerichte folgen, damit bei den Weiterbildungsträgern, die im Zweiten Bildungsweg aktiv sind (wie z.B. kommunale Volkshochschulen), Arbeitsverträge statt Honoraraufträge gelten?

LINKE **JA**

FDP **NEIN**

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

NEIN

Wir setzen uns dafür ein, die Frage der angemessenen Bezahlung der Lehrkräfte im Zweiten Bildungsweg zu regeln. Hierzu ist in erster Linie eine angemessene Finanzausstattung der durch das Land in Auftrag gegebenen Bildungsangebote notwendig. Bei den neu aufgelegten, vom Land finanzierten Kursen (Maßnahmen für Geflüchtete) ist die Trägerpauschale deshalb bereits so ausgelegt, dass durch die Träger angemessene Stundenhonorare gezahlt werden können. Ob Festanstellungen jeweils das geeignete Mittel sind, ist im Einzelfall zu entscheiden und liegt in der Verantwortung der Träger vor Ort, die für den statusadäquaten Einsatz der Lehrkräfte im Zweiten Bildungsweg selbst verantwortlich sind. Die Problematik der Lehrkräfte im Zweiten Bildungsweg wollen wir weiterhin im Dialog mit der niedersächsischen Erwachsenenbildung lösen. Ob und auf welcher Ebene rechtliche Regelungen notwendig sind, ist dabei zu klären.

SPD Wir werden die Situation der Betroffenen verbessern, damit diejenigen, die feste Arbeitsverträge haben wollen, sie auch bekommen. Inwieweit dies über eine rechtliche Vorgabe möglich oder unmöglich ist, muss allerdings noch geklärt werden.

CDU Soweit tarifvertragliche Fragen berührt werden, hat sich die Politik zurückzuhalten. Allerdings kann eine verlässlichere Auslastung der einzelnen Einrichtungen der Erwachsenenbildung dazu beitragen, finanzielle Unsicherheiten der Einrichtungen selbst abzubauen. Die CDU setzt darauf, dass durch die engere Kooperation mit Hochschulen und beruflicher Bildung im Zusammenhang mit dem zu schaffenden einheitlichen Bildungsportal eine stärkere und stabilere Nachfrage nach Kursangeboten erreicht werden kann. Rechtliche Vorgaben zur Umwandlung von Honorar- in reguläre Arbeitsverträge erscheinen hier nicht sinnvoll.



Die Antworten der Parteien zur Checkliste

Alles Einerlei oder wahlentscheidende Unterschiede?

kommentiert von Eberhard Brandt

Die GEW Niedersachsen greift aktiv in den Landtagswahlkampf ein. Wir wollen als größte Bildungsorganisation gegenüber den Parteien unsere Forderungen deutlich machen und sie dazu bringen, sich klar und deutlich zu ihnen zu äußern. Wir zeigen, welche Positionen der Parteien wir unterstützen und welche wir angreifen. Auf Landesebene haben wir angefangen und es ist gut, wenn es vor Ort gelingt, Kandidat*innen öffentlichkeitswirksam aufzusuchen und anhand der Checkliste auf Positionen festzunageln.

Alle fünf Parteien haben auf unsere Fragebögen geantwortet. FDP und Linke haben sich tatsächlich auf das Ankreuzen beschränkt. Die CDU hat zu jeder Frage mit Text geantwortet. Grüne und SPD haben sich auf die Kreuze eingelassen, aber einige Fragen mit kurzen Texten versehen. Es wird deutlich, wo der GEW Unterstützung zugesagt wird und wo von vornherein massive Konflikte mit Parteien absehbar sind. Die Kommentierung konzentriert sich auf Schulpolitik und bezieht sich insbesondere auf die schriftlichen Texte, die Antworten auf Fragen relativieren oder die aus dem Kontext der Programme dechiffriert werden müssen.

SPD

Die SPD stimmt den Forderungen der GEW in der Checkliste ebenfalls weitgehend zu. Sie will ihre Schulpolitik fortsetzen. Die Relativierungen ähneln denen der Grünen (Standorte der Lehrer*innenbildung, Volkshochschulen).

Zum Thema Gebührenfreiheit kündigt das SPD-Wahlprogramm für die nächste Legislaturperiode fünf Schritte an: In den KiTas sollen nach dem dritten auch das zweite und erste Jahr beitragsfrei werden, die Schülerbeförderung auch in der Sekundarstufe II und für Berufsschulen, die Ausbildung zu sozialpädagogischen Berufen an staatlichen und privaten Schulen. Auch der Besuch von Meisterkursen soll ohne Gebühren erfolgen. Die Einführung der Lehrmittelfreiheit soll geprüft werden.

Die SPD tritt dafür ein, dass mehr Lehrkräfte in die Schulen kommen, um über die Stundentafel hinaus die Personalversorgung (Zusatzbedarfe) für Inklusion, Ganzttag, Sprachförderung und Poolstunden zu erhöhen und weist darauf hin, das als erster Schritt „eine Unterrichtsversorgung von mindestens 100 % zu erreichen“ ist. Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind 2.100 zusätzliche Stellen finanziert.

Die SPD spricht sich dafür aus, die Grundschullehrkräfte nach A 13 anzuheben und zwar „schrittweise“.

Die SPD bezieht sich positiv auf die Göttinger Arbeitszeit- und Belastungsstudien und erklärt, Empfehlungen der Arbeitszeitkommission umsetzen zu wollen.

Auch die SPD tritt mit der GEW für die Einführung eines stufenbezogenen Lehrer*innenbildung ein.

FDP

Die Antwortkreuze der FDP zeigen, dass diese Partei in der Bildungspolitik überwiegend nicht mit den Vorstellungen der GEW übereinstimmt – bei interessanten Ausnahmen. Sie wendet sich gegen eine allgemeine Gebührenfreiheit von Bildungsangeboten. Die FDP spricht sich für eine Erhöhung der Anzahl der Lehrkräfte aus, damit neben der Stundentafel auch die „Zusatzbedarfe“ für Inklusion, Sprachförderung und Ganzttag verbessert werden. Sie steht damit an dieser Stelle im Widerspruch zu den CDU-Plänen. Allerdings will die FDP den Ganztagszuschlag nicht auf 100 % anheben.

Die FDP unterstützt die GEW-Forderung, alle Lehrkräfte, die zum 1.8.2018 eingestellt werden, genauso zu bezahlen wie Gymnasiallehrkräfte.

Die Partei erkennt die Göttinger Arbeitszeitstudie an, versagt der GEW aber die Unterstützung bei der Forderung, Empfehlungen der Arbeitszeitkommission zu folgen.

Die FDP will die Entwicklung der Gesamtschulen wieder erschweren: Sie sollen nur noch ergänzend neben dem gegliederten Schulsystem bestehen sollen.

Die FDP ist der Ansicht, dass ein Doppelsystem von Inklusion und Förderschulen keine Verschlechterung der Personalausstattung bewirkt – ein deutlicher Hinweis auf eine Übereinstimmung mit dem CDU-Programm, nach dem ein flächendeckendes Förderschulsystem eingeführt werden soll.

Die FDP spricht sich gegen eine stufenbezogene Neuordnung der Lehrer*innenbildung aus.

Grüne

Bei allen schulpolitischen Fragen ist „Ja“ angekreuzt. Die Schulreformen der letzten Legislaturperiode sollen weitergeführt werden, dies belegen auch die Aussagen des Wahlprogramm deutlich. Bei den zwei Nein-Voten (Standorte der Lehrer*innenbildung und Vertragsgestaltung an Volkshochschulen) gibt es differenzierte Aussagen.

Auch die Kommentierungen bekräftigen, dass die Grünen die GEW bei essentiellen Themen grundsätzlich unterstützen wollen:

- Die Personalausstattung der Schulen soll über die Abdeckung der Stundentafel hinaus für die Bereiche Ganztags, Inklusion, Sprachförderung und Poolstunden mit 5 % Krankheitsreserve verbessert werden.
- Die Angleichung der Grund- und Hauptschullehrkräfte nach A 13 soll „schrittweise“ erfolgen.
- Die Empfehlungen der Arbeitszeitkommission sollen „so weit und so schnell wie möglich“ umgesetzt werden.

Die Grünen unterstützen die Forderung der GEW nach der Überwindung des schulformbezogenen Lehramtsstudiums.

CDU

Insgesamt unterscheidet sich keine Partei so stark von den GEW-Positionen wie die CDU.

Die Antworten der CDU sprechen nicht unbedingt unmissverständlich für sich und erschließen sich z.T. nur im Zusammenhang der Aussagen im Wahlprogramm.

Unterrichtsgarantie

Hier unterscheiden sich die Vorstellungen diametral. Die CDU verspricht eine „Unterrichtsgarantie“. Der statistische Wert der Unterrichtsversorgung soll durch den Abbau der Stundenzuweisung für Zusatzbedarfe erreicht werden. Die Verschlechterung der Personalversorgung für Ganztags, Inklusion und Sprachförderung bedroht die Arbeit an allen Schulen, die sich den gesellschaftlichen Anforderungen stellen, die eine sozial gespaltene Gesellschaft, die Integration von Migrant*innen und Flüchtlingen und der Anspruch auf inklusive Bildung generieren, also insbesondere Grundschulen, Haupt- und Oberschulen und Gesamtschulen.

Außerdem wird die Kürzung der Anrechnungsstunden, also eine Form der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung, erwogen.

Linke

Die Partei unterstützt alle Vorstellungen der GEW mit einem eindeutigen Ja-Kreuz. Das entspricht ihrer Programmatik und ihrem parlamentarischen Agieren in der vorletzten Legislaturperiode.

Althusmann zur Unterrichtsgarantie

Der CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann hatte sich seit Mai in verschiedenen Interviews zu seinen Plänen zur „Unterrichtsgarantie“ geäußert.

Massive Kürzung der Anrechnungsstunden

Er startete mit der Ankündigung, die Anrechnungsstunden massiv zu streichen. Auf der Schuljahresanfangspressekonferenz hatten Eberhard Brandt und Laura Pooth ihm vorgeworfen, er würde auf diese Weise die Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften erhöhen und wichtige Arbeit in den Schulen erschweren oder unmöglich machen. Vom Streichen der Anrechnungsstunden ist im Wahlprogramm der CDU inzwischen nicht mehr die Rede. Auch die Ankündigung, den Eigenverantwortlichen Unterricht der Anwärter*innen zu erhöhen, wurde fallengelassen.

Bernd Althusmann im Interview mit Michael Ahlers, Braunschweiger Zeitung:

Was soll sich mit Ihnen denn zum Besseren wenden?
Wir werden den Eltern eine Unterrichtsgarantie geben. Lehrerstellen können nicht besetzt werden. Es sind aber 1,4 Millionen Unterrichtsstunden im System. Das Erteilen des klassischen Unterrichts muss eindeutig Priorität haben. Wir müssen wieder zu den 102 Prozent Unterrichtsversorgung kommen, die wir mal hatten. Dann ist zumindest eine Reserve da.

Wo wollen Sie denn Stunden rausziehen? Bei der Sprachförderung etwa, bei der Inklusion, beim Ganztags?

Wir geben zahlreiche Stunden in Projekte, die nicht zwingend sind. 20 bis 25 Prozent der 1,4 Millionen Stunden im Schulsystem fließen nicht in den allgemeinen Unterricht. Eine gesicherte Unterrichtsversorgung hat meines Erachtens aber Priorität. ... Ich glaube, dass wir das deutlich besser hinbekommen würden. Mit den bestehenden Ressourcen werden wir 102 Prozent dauerhaft erreichen, quasi eine Garantie für Unterricht in Niedersachsen.

Braunschweiger Zeitung 21. 5. 2018

Sind „Zusatzbedarfe“ Luxus?

Die Schulen bekommen nach dem Erlass: „Klassenbildung und Lehrerstundenzuweisung an den allgemein bildenden Schulen“ einen Grundbedarf zur Erfüllung der Stundentafel zugewiesen, sowie Zuschläge für Zusatzbedarfe für Ganzttag, Inklusion und Sprachförderung, sowie in der Sekundarstufe I Poolstunden. Die Zuweisung der Zuschläge ist an klare Kriterien gebunden und gilt für alle Schulformen gleichermaßen. Keine Schulform wird benachteiligt.

Die Zusatzbedarfe wie Sprachförderung, Inklusion und Ganzttag sind in den letzten Jahren in der Stundenzuweisung massiv gestiegen. Dies ist u. a. auf den Ausbau der Ganztagschulen und der Inklusion sowie der Integration der Flüchtlinge zurückzuführen. Weit mehr die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler nutzen mittlerweile Ganztagsangebote. Die Inklusionsquote ist auf 61,4 % gestiegen. Daher werden lediglich rund 80 % der Bedarfe für den Pflichtunterricht benötigt;

die Zusatzbedarfe liegen bei rund 17 %, die Poolstunden bei rund 3 %.

Der Terminus „Zusatzbedarfe“ ist problematisch. Wer Inklusion und Sprachförderung für Flüchtlinge nicht praktiziert, wer ein Konzept eines gebundenen Ganztages nicht lebt, mag auf den Gedanken kommen, es ginge nicht um essentiell notwendige pädagogische Arbeit sondern um ein Extra, um Luxus. Der Philologenverband empört sich in seinen Veröffentlichungen immer wieder, dass Gesamtschulen ihre Stundentafel mit 80 % ihrer Stundenzuweisungen erfüllen können. Aus diesem Grund sieht er die Gymnasien benachteiligt und die Gesamtschulen bevorzugt. Der Verband lehnt aber ab, dass Gymnasien Inklusion, Sprachförderung und gebundenen Ganzttag betreiben. Ein schlichter Blick auf die Realität, dem sich die CDU angeschlossen hat.

Kürzung bei Ganzttag, Inklusion und Sprachförderung

Die CDU formuliert das in der Checkliste so: „den Pflichtunterricht stärker in den Mittelpunkt rücken“. Im Wahlprogramm: „Es müssen deutlich mehr Stunden im konkreten Unterrichtseinsatz, also direkt beim Kind, ankommen.“ „Wir wollen ... eine zielgerichtete und bessere Verteilung sowie den klugen Einsatz von Lehrkräften garantieren.“ „Dabei muss der Pflichtunterricht nach Stundentafel im Mittelpunkt stehen.“ „Wir setzen auf eine Priorisierung des Pflichtunterrichts bei der Stundenzuweisung.“ „Keine Schulform wird bei der Ausstattung mit Lehrkräften benachteiligt.“ Die nebulöse Sprache ist auffällig. Offene Aussagen, was gestrichen werden soll, wenn die Verteilung zugunsten der Stundentafel verändert werden soll, fehlen.

Deutlicher wird Althusmann in einem Interview mit der Braunschweiger Zeitung (siehe vorige Seite).

Ganzttag – zurück zum Billigmodell?

Die Antwort der CDU in der Checkliste bezieht sich ausdrücklich nicht auf den geltenden Ganztagerlass, der neben dem offenen Ganztagsangebot auch den gebundenen Ganzttag vorsieht. Stattdessen wird die Freiwilligkeit des Ganztagsangebots, der Einsatz von Lehrkräften bei der Hausaufgabenbetreuung und die Kooperation mit außerschulischen Partnern, speziell die Einbeziehung der ehrenamtlichen Vereins- und Verbandsarbeit betont. Das klingt einen neuen/alten Billigmodell, an dem Althusmann als Kultusminister schon einmal gescheitert ist.

Arbeitszeit – CDU verweigert Entlastung

Die Fakten liegen auf dem Tisch: Die Lehrkräfte in Niedersachsen arbeiten zu viel und haben Anspruch darauf, dass ihre Unterrichtsverpflichtung in einer neuen Arbeitszeitverordnung gesenkt wird. Das ist durch die Ar-

beitszeitstudie der Uni Göttingen bewiesen. Genau das leugnet die CDU. Mitnichten ist eine zusätzliche „unabhängige Erhebung“ im Regierungsauftrag notwendig, um „Klarheit über die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unserer Lehrkräfte“ zu schaffen. Die „Klarheit“ ist längst da. Die CDU betreibt eine Verzögerungsstrategie, um eine neue Arbeitszeitverordnung mit einer Absenkung der Unterrichtsverpflichtung in der nächsten Legislaturperiode zu verhindern. Da hilft es nicht, dass die CDU die Göttinger Studie „berücksichtigen“ will.

Keine A 13 für alle

Die CDU ist die einzige Partei, die A 13 für alle verweigert. Sie hat nicht verstanden, dass es nicht um einen „Wunsch“ der GEW geht, sondern einen Rechtsanspruch aus gleich langer und gleichwertiger Ausbildung und Arbeit, den die GEW einklagen wird, wenn eine Regierung ihn verweigert.

Rolle rückwärts bei der Inklusion

Die CDU will in den Landkreisen und kreisfreien Städten 150 gut ausgestattete Förderschulzentren errichten, zu denen auch der Förderschwerpunkt Lernen gehören soll. Die inklusiven Schulen werden in dem von der CDU konzipierten Doppelsystem einen schweren Stand haben. Dass ein Doppelsystem mehr Personal benötigt, verschweigt die CDU. Die regionalen Beratungszentren (RZI) sollen aufgelöst werden.

Die Sozialverbände, die Organisationen der Betroffenen – GEW, VBE, Grundschulverband, VDS, Schulleitungsverband und Landeselternrat – haben sich scharf gegen diese Rolle rückwärts ausgesprochen.

Gesamtschulen nur als Angebotsschulen

Gesamtschulen sollen nach dem Willen der CDU nur als Angebotsschulen gegründet werden, wenn alle Schulformen des gegliederten Schulsystems erhalten bleiben, so steht es im Wahlprogramm. In der Checkliste heißt es dagegen, dass Gymnasien nicht durch Gesamtschulen in ihrem Bestand gefährdet werden dürfen. Der Erhalt von Hauptschulen, Realschulen oder Oberschulen wird hier nicht erwähnt.

Das CDU-Programm will übrigens ebenfalls die Entwicklung der Oberschulen behindern.

G8 – Zweige an Gymnasien

Das CDU-Wahlprogramm sieht vor, dass an Gymnasien G8-Zweige eingerichtet werden sollen. Dies war im Rahmen des G9-Dialogs von fast allen Organisationen abgelehnt worden. Nur die Vereinigung der Oberstudienleiter wollte zwei Züge. Die Alternative, flexible Oberstufen mit einer Besuchszeit von zwei bis vier Jahren einzuführen, hat die CDU nicht aufgenommen.

Gebührenfreiheit

Die Politik rot-grünen Regierung wirkt: die Abschaffung der Studiengebühren wird nunmehr auch von der CDU in Niedersachsen anerkannt – im Gegensatz zur Bundesbildungsministerin und früheren niedersächsischen Wissenschaftsministerin Wanka, die für die Wiedereinführung der Studiengebühren plädiert.

Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams

Die derzeitige Landesregierung hat schulische Sozialarbeit als Landesaufgabe übernommen und ist erste Schritte zur Etablierung und personellen Ausstattung gegangen. Alle Parteien sehen jetzt vor, Schulsozialarbeit systematisch auszubauen. Die CDU will bei den künftigen Einstellungen alle Schulen gleich behandeln. Die GEW spricht sich dagegen für eine Priorisierung der Schulen aus, die besondere Aufgaben zu bewältigen haben. Auch für die multiprofessionellen Teams unter Beteiligung von pädagogischen Fachkräften gibt es jetzt allgemeine Zustimmung.

Was sind Absichtserklärungen wert?

Absichtserklärungen vor den Wahlen werden nicht einfach in politisches Handeln umgesetzt. Das wäre eine naive Vorstellung. Mit Abstrichen muss gerechnet werden. Die GEW hat Übung darin, nachzusetzen und bei ihren Themen am Ball zu bleiben. Wenn z.B. alle Parteien versichern, dass sie die Bildungsausgaben unabhängig vom Konjunkturverlauf erhöhen wollen, wissen wir, dass dieses Versprechen bei der Haushaltsaufstellung des Landtages eingelöst werden muss und dass es dann zum Schwur kommt, wenn Konjunkturverlauf und Steuereinnahmen schwächeln.

Gut auch, dass es klare Zusagen von SPD, Grünen und Linken zur Verbesserung der Arbeitszeitverordnung und der Bezahlung der Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte gibt. Die GEW wird sich für die Realisierung der Ankündigungen einsetzen. Gerade nach den Erfahrun-

gen vom Anfang der letzten Legislaturperiode ist in den Kollegien allerdings Skepsis vorhanden, ob SPD und Grünen zu trauen ist.

Gut, dass wir wissen, dass von der CDU nicht beabsichtigt ist, auf unsere wichtigsten Forderungen einzugehen, sondern dass sie sich im Wahlkampf offen dagegen stellt.

Eberhard Brandt

